

#1923: Motion erw. JPK. Erarbeitung gesetzlicher Grundlagen, damit der Generalsekretär den aktuellen Stand sämtlicher wichtiger Geschäfte kennt und verpflichtet ist, bei Ausfall des Direktionsvorstehers dem stv. RR-Mitglied die nötigen Infos weiterzugeben

Details

Geschäftsart	Motion
Grad	
Publikation	alle
Eingereicht am	02.07.2009
Eingereicht von	Justizprüfungskommission erweitert
Abgeschlossen am	26.09.2013
Status	abgeschlossen
Zuständig	Finanzdirektion
Verfahrensstand	26.09.2013: Erledigterklärung
Frist	30.06.2013

Geschäftsverlauf
**Erledigterklärung 26.09.2013
18.02.2013**

Geschäft-Nr.	ID	Laufnummer	Titel	Versanddatum
1923	3a	14303	Beilage	01.04.2014
1923	3	14303	Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission	01.04.2014

31.01.2012

Geschäft-Nr.	ID	Laufnummer	Titel	Versanddatum
1923	2	13988	Bericht und Antrag des Regierungsrats	01.04.2014

**Erheblicherklärung 01.07.2010
Traktandiert 16.03.2010**

Traktandiert für 1.7.2010

Geschäft-Nr.	ID	Laufnummer	Titel	Versanddatum
1923	1	13371	Bericht und Antrag des Regierungsrats	01.04.2014

**Überweisung an Regierungsrat 02.07.2009
Einreichung 02.07.2009**

Einreichung von Kommissionsmotionen bzw. -postulaten der erweiterten JPK: Erarbeitung gesetzlicher Grundlagen, damit der/die Generalsekretär/in den aktuellen Stand sämtlicher wichtiger Geschäfte kennt und verpflichtet ist, bei Ausfall der/des Direktionsvorstehers/ in dem stv. Regierungsratsmitglied die nötigen Informationen weiterzugeben: Motion (Motion CVP-Fraktion: Auftrag an die Justizprüfungskommission zur vertieften Untersuchung der Vorkommnisse im Amt für Straf- und Massnahmenvollzug (1683): KR: Kenntnisnahme des Untersuchungsberichtes.)

Datenmigration 01.01.2000
Referenzen

- 2112 Änderung des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz)
- 1925 Motion der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Anspruch auf "Wistleblowing" in der kantonalen Verwaltung
- 1924 Motion der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Einführung eines einheitlichen und umfassenden Absenzenmanagements durch das Personalamt
- 1922 Postulat der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Abklärung des Gefährdungspotenzials, insbesondere Begünstigungspotenzial, bei Verwaltungshandlungen innerhalb der gesamten kantonalen Verwaltung und bei Bedarf Treffen von Massnahmen
- 1683 Motion der CVP-Fraktion betreffend Auftrag an die Justizprüfungskommission zur vertieften Untersuchung der Vorkommnisse im Amt für Straf- und Massnahmenvollzug
- 1681 Motion der CVP-Fraktion betreffend Einführung eines wirksamen Kontrollmechanismus über den Geschäftsgang in der kantonalen Verwaltung